



Liebe Genossinnen und Genossen,
 liebe Freunde,

die letzte Sitzungswoche 2015 ist geschafft. Hinter uns liegt ein turbulentes, aufregendes und arbeitsreiches Jahr. Doch auch vor der Weihnachtspause wurde noch einmal viel debattiert und einige wichtige Änderungen auf den Weg gebracht.

Am meisten sorgte unser Parteitag für intensive Diskussionen. Besonders das Wahlergebnis von Sigmar erhitzte die Gemüter. Einerseits muss man sagen, dass wir eventuell einen falschen Anspruch haben, wenn wir erwarten, dass unsere Vorsitzenden immer mit über 90 Prozent Zustimmung gewählt werden. Auf der anderen Seite ist es für die Presse und die CDU/CSU ein gefundenes Fressen, um negative Schlagzeilen über uns zu produzieren. Da halte ich es eher mit der bewährten politischen Weisheit: nach innen streiten, nach außen geschlossen auftreten.

Halbzeit für die Koalition

Die Weihnachtstage sind für unsere Koalition so etwas wie eine Halbzeitpause. Es ist also Zeit, um auf das Erreichte zurückzublicken und sich zudem für die zweite „Spielhälfte“ zu stärken.

Für mich ist es bemerkenswert, wie viele sozialdemokratische Vorhaben wir bisher umsetzen konnten. Was allzu oft in Vergessenheit gerät, ist die Tatsache, dass wir nicht die Mehrheit innerhalb der Koalition stellen. Selbst wenn es in der Öffentlichkeit gern anders dargestellt wird, CDU/CSU und SPD sind nicht eine Partei. Wir haben nicht die gleiche Vorstellung von Politik und verfolgen nicht die gleichen Ziele. Wenn man das bedenkt, wird deutlich, wie viel Beharrlichkeit und Verhandlungsgeschick notwendig ist, um Gesetzen eine deutliche sozialdemokratische Handschrift zu verleihen.

Deshalb denke ich, dass sich die Ergebnisse bisher sehen lassen können: So wurden beispielsweise der Mindestlohn, die Frauenquote, das ElterngeldPlus, mehr BAföG, mehr Kindergeld, mehr Kitaplätze und viele weitere Verbesserungen für die Menschen in unserem Land beschlossen. Darunter auch die Milliardenentlastung für Städte und Gemeinden. Damit bekommen diese wieder mehr Handlungsspielraum für wichtige Projekte vor Ort. Das alles ist nicht zuletzt möglich, weil Deutschland wirtschaftlich sehr stark aufgestellt ist und so viele Menschen in Arbeit sind wie nie zuvor. Die

Kontakt

Berliner Büro

Tel.: 030 227-78494

Fax: 030 227-76496

sabine.poschmann@bundestag.de

Wahlkreis Büro

Tel.: 0231 286 786 18

Fax: 0231 286 786 16

sabine.poschmann.ma04@bundestag.de

www.sabine-poschmann.de

<https://www.facebook.com/sabine.poschmann.1>

Links

<http://www.spdfraktion.de/>

<http://www.bundestag.de/>

<http://www.spd.de/>



Einnahmen des Staates liegen auf Rekordniveau. Dies ist bei weitem keine Selbstverständlichkeit, sondern Ergebnis einer Politik, die die Bedingungen dafür schafft.

Ich möchte auch nicht verschweigen, dass die letzten zwei Jahre insgesamt alles andere als einfache Jahre für die Politik waren. Wir leben in einer Zeit, in der sehr viel in Bewegung ist. Manche sprechen sogar davon, dass die Welt aus den Fugen geraten ist: Krieg in der Ukraine, Griechenlandkrise, Terroranschläge in Europa, Syrienkrise und der Zuzug von Flüchtlingen prägten die öffentliche und politische Diskussion. In vielen Ländern Europas erleben wir zudem ein Erstarken nationaler, rechtskonservativer Parteien. Die Europäische Union ist derzeit von großer Uneinigkeit geprägt.

Es liegen somit große Herausforderungen für die zweite Halbzeit unserer Koalition vor uns. In der Flüchtlingspolitik haben wir bereits Maßnahmen vereinbart, um den Zuzug zu ordnen und zu steuern, Länder und Kommunen bei der Unterbringung zu unterstützen und diejenigen, die bleiben werden, in unsere Gesellschaft einzubinden. Die Flüchtlinge integrieren und die Gesellschaft zusammenhalten – diese Zukunftsaufgaben werden wir in der zweiten Hälfte der Wahlperiode weiterhin entschlossen anpacken. Wir müssen zeigen, dass unsere sozialdemokratische Politik der bessere Weg ist, die Probleme der Menschen in unserem Land anzugehen. Und wir alle müssen uns einbringen, um ein weiteres Erstarken von rechten Kräften in Deutschland zu verhindern.

Die Halbzeitbilanz der SPD-Fraktion geht SPD-Mitgliedern per Post zu. Alle anderen können sie sich unter folgendem Link herunterladen:

<http://bit.ly/1mph2qI>

Das Klimaabkommen von Paris

Am vergangenen Wochenende verabschiedete die internationale Staatengemeinschaft in Paris erstmals ein Klimaabkommen, in dem man sich auf das verbindliche Ziel einigte, die Erderwärmung auf deutlich unter zwei Grad zu begrenzen.

In Deutschland werden schon heute umfangreiche Maßnahmen zum Schutz des Klimas umgesetzt. So stammt z.B. ein Viertel des erzeugten Stroms in unserem Land aus Wind, Sonne, Biomasse oder anderen regenerativen Energiequellen.

Trotzdem sind die in Paris verabschiedeten Ziele ebenso ehrgeizig wie notwendig. Und auch wir müssen unsere Anstrengungen verstärken, um diese zu erreichen. Daher erarbeitet die Bundesregierung derzeit einen Klimaschutzplan 2050. Dieser soll noch vor der Sommerpause 2016 vom Kabinett beschlossen werden. Darin wird dargelegt, wie eine deutliche CO₂-Reduzierung bis Mitte des Jahrhunderts erreicht werden kann. Der mögliche Ausstieg aus der Energiegewinnung z.B. aus Kohle soll dabei sozial verträglich gestaltet werden. Dazu werden intensive Beratungen mit Bund, Ländern, Kommunen, Beschäftigten, Unternehmen und Gewerkschaften stattfinden.



Eine Partei als Goldhändler?

Warum sollte eine Partei Gold verkaufen? Sicherlich nicht, weil es am Weihnachtsbaum so schön glänzt. Nein, es bringt einfach wahnsinnig viel Geld vom Staat. Die AfD hat dieses Modell für sich entdeckt und Gold verkauft. Sie hat die Umsätze aus dem Verkauf bei der Parteienfinanzierung aus Steuergeldern geltend gemacht. Die Zuschüsse bemessen sich nach dem Umsatz, den Parteien erzielen – und nicht nach dem Gewinn. Da sich mit Gold sehr hohe Umsätze erzielen lassen, liegt der Verdacht nahe, dass hier eine Lücke im Gesetz ausgenutzt wurde. Diese werden wir nun schließen. Noch bevor im Bundestag über die Änderung der Parteienfinanzierung debattiert wurde, witterte die AfD eine große Verschwörung. Aber wenn ein Gesetz zum Missbrauch einlädt, muss man es ändern.

Stromsperren müssen vermieden werden

Eine Stromsperre ist ein erheblicher Eingriff für jeden Haushalt. Und jeder einzelne Fall ist einer zu viel. Und dennoch waren 2013 rund 344.800 Haushalte davon betroffen. Ein Umstand, der Anlass für einen Antrag der Linken und eine Debatte im Bundestag war, während der ich eine Rede hielt.

Die Linke erweckte in ihren Beiträgen den Eindruck, als würden die vielen kleinen und mittelgroßen örtlichen Energieversorger mutwillig jeden Kunden vom Stromnetz nehmen, der mit seiner Rechnung in Verzug geraten ist. Aber dem ist natürlich nicht so. Wenn man bedenkt, dass 2013 fast sieben Millionen Haushalten eine Stromsperre angedroht wurde, ist die Zahl der tatsächlich umgesetzten relativ gering. Für die Mehrzahl der Fälle wird also eine verträgliche Lösung gefunden.

Auch mag man meinen, dass Menschen mit geringem Einkommen besonders von Stromsperren betroffen sind. Das ist aber nicht automatisch so. Zumindest nicht in Dortmund. Denn obwohl die Arbeitslosenquote hier bei mehr als 12 Prozent liegt und rund 85.000 Menschen Sozialleistungen beziehen, liegt die Zahl der Stromsperren bei weniger als einem Prozent! In vielen Städten gibt es also schon heute eine funktionierende Zusammenarbeit zwischen Versorgern und örtlichen Sozialleistungsträgern, um Stromsperren zu vermeiden. Dennoch sollten wir auf Bundesebene weiter an einer Strategie zur Verhinderung von Stromsperren arbeiten.

In der nächsten Woche mache ich mal nichts, außer mich natürlich um Weihnachten und meine Familie zu kümmern. Mein Team und ich wünschen euch allen eine erholsame und fröhliche Weihnachtszeit sowie einen guten Start ins neue Jahr.

Bis bald, eure

Sabine

